Stadt Chur

Bericht
des Stadtrates an
den Gemeinderat

111059 / 541.00

Auftrag **BDP-Fraktion und Mitunterzeichnende**

für

periodischen Bericht zur Berücksichtigung des kommunalen und kantonalen Gewerbes

Antrag

Der Auftrag sei im Sinne der Erwägungen zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

Begründung

1. Ausgangslage

Die Stadt Chur vergibt jährlich über die Investitions- und Erfolgsrechnung ein Gesamtvolumen von ca. 50 Mio. Franken an private Unternehmungen. Für die Auftragsvergabe haben sich die öffentlichen Auftraggeber (in diesem Fall der Stadtrat und die einzelnen Dienststellen) zwingend an die gesetzlichen Vorgaben zu halten (Interkantonale Vereinbarung (IVöB), Submissionsgesetz (SubG), kantonale Submissionsverordnung (SuBV)). Diese dienen der Gewährleistung gleich langer Spiesse unter den Wettbewerbsteilnehmern und ermöglichen einen diskriminierungsfreien Marktzugang. Die Vergabevorschriften stellen ein Verhältnis zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer sicher, das korrekt und fair ist sowie auf Transparenz, Rechtssicherheit und Rechtsschutz baut. Bei der öffentlichen Beschaffung sind allgemeine Grundsätze wie Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung, wirksamer Wettbewerb, Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen und der Arbeitsbedingungen, Verbot von Verhandlungen, Transparenz des Vergabeverfahrens und Vertraulichkeit von Informationen sowie Beachtung von Ausstandsregeln/

Ausschluss von vorbefassten Anbietern zu beachten. Es ist dem Stadtrat ein Anliegen, dass diese Grundsätze bei den städtischen Vergaben eingehalten werden.

Im Weiteren sind die Finanzkompetenzen gemäss Stadtverfassung und das Reglement über die departementalen Finanzkompetenzen anwendbar.

2. Regelungen innerhalb der Stadtverwaltung

Der Stadtrat ist sich seiner besonderen Verantwortung im Bereich der Arbeitsvergaben bewusst. Aus diesem Grunde hat er im November 2014 eine interne Vergaberichtlinie erlassen. Ziel dieser Richtlinie ist es, den im Rahmen des Submissionsrechts bestehenden sehr engen Spielraum zugunsten des einheimischen Gewerbes zu nutzen (Zitat aus der internen Vergaberichtlinie):

"Im Sinne einer übergeordneten Sichtweise (Steuersitz, Förderung des lokalen Gewerbes) soll der Spielraum des Submissionsrechts zu Gunsten des einheimischen Gewerbes ausgeschöpft werden."

Im Rahmen des freihändigen Verfahrens, also bei Aufträgen mit einem Wert bis Fr. 50'000.--, können Aufträge theoretisch direkt vergeben werden. Wie die Erfahrung zeigt, erfolgt in diesem Bereich der Grossteil der Vergaben an einheimische Anbieter. Zwar ist auch bei diesen Vergaben primär der Preis massgebend, doch zeigt sich in der Praxis, dass einheimische Anbieter in der Regel das wirtschaftlich günstigste Angebot einreichen. Als Beispiel seien die Vergaben der Wohnbaugenossenschaft der Stadt Chur (WSC) im Zusammenhang mit der Überbauung alte KEB erwähnt, wo 88 % der Aufträge an Churer und 8 % an Bündner Unternehmungen vergeben wurden.

Im Bereich des freihändigen Verfahrens kommen auswärtige Firmen insbesondere dann zum Zug, wenn keine ausreichende Anzahl einheimische Unternehmungen für den Auftrag existiert, um das Preisniveau zu überprüfen (Ausschluss von Preisabsprachen) oder bei speziellen Rahmenbedingungen (Pauschalkürzungen des Investitionsbetrags).

3. Erwägungen

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass er dem Ansinnen des Auftrags, mit Ausnahme der Bekanntmachung der Berücksichtigung des lokalen und regionalen Gewerbes mit seiner Vergabepraxis, bereits heute Rechnung trägt. Eine vollständige Erfassung und Bekanntgabe aller Vergaben wäre mit einem unverhältnismässigen zusätzlichen Aufwand verbunden. Der Stadtrat ist aber bereit, die GPK auf deren Wunsch mit Stichproben seiner Vergaben zu bedienen.

Gemäss Art. 34 des kantonalen Submissionsgesetzes ist jeder vom Vergaberecht erfasste Auftraggeber verpflichtet, seine im Staatsvertragsbereich vergebenen Aufträge dem für den Vollzug des öffentlichen Beschaffungswesens verantwortlichen Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement Graubünden mitzuteilen. Zudem sind sämtliche Aufträge im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich zu melden, die im offenen und selektiven Verfahren sowie im Einladungsverfahren vergeben werden. Gleichermassen sind alle Aufträge im freihändigen Verfahren mitzuteilen, deren Vergabesumme Fr. 50'000.-- übersteigt oder die aufgrund einer Ausnahmeregelung vergeben werden.

Aus diesem Grunde schlägt der Stadtrat vor, eine Zusammenstellung aller Aufträge, welche höher als Fr. 50'000.-- sind und für die Statistik des öffentlichen Beschaffungswesens erfasst werden, der GPK zur Verfügung zu stellen.

Aus den erwähnten Gründen beantragt Ihnen der Stadtrat, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, den Auftrag im Sinne der Erwägungen zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

Chur, 12. September 2017

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident / Der Stadtschreiber

Urs Marti / Markus Frauenfelder

Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Chur
Partida burgais - democratica (PBD) da Cuira
Partito borghese - democratico (PBD) di Coira

Auftrag für periodischen Bericht zur Berücksichtigung des kommunalen und kantonalen Gewerbes

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat im Zusammenhang mit der Berichterstattung zur Überbauung des KEB Areales aufgeführt wie viele der Aufträge prozentual an der Gesamtsumme in Chur, in Graubünden und ausserkantonal vergeben wurden. Vor einem Jahr regte die BDP im Rahmen der Besprechung der Jahresrechnung 2015 an, ebendies in einem jährlichen Bericht als Teil des Geschäftsberichtes über die gesamte Stadtverwaltung auszuweisen.

Das Churer und auch das Bündner Gewerbe tragen über Beiträge in Form von Steuern, Gebühren, über die Schaffung und das Erhalten von Arbeits- und Lehrstellen, über Investitionen am Standort Chur sowie über soziales und kulturelles Engagement massgeblich dazu bei, dass die Stadt Chur selber finanziellen Handlungsspielraum hat und investieren kann. Die Überbauung KEB zeigt zudem eindrücklich, dass das Churer und Bündner Gewerbe in der Lage sind, die Kostenzielsetzungen der Stadt durch ihre Angebote deutlich zu unterschreiten.

Ziel der geplanten Berichterstattung ist:

1. Die bestehende Sensibilisierung der Dienststellen zur Nutzung der vorhandenen Spielräume gemäss Submissionsgesetzbegung zur lokalen und regionalen Vergabe zu manifestieren und auszubauen.
2. Erfolge der Stadt Chur bei der Vergabe mit lokaler und regionaler Wertschöpfung zu Handen der Öffentlichkeit und des lokalen und regionalen Gewerbes aufzuzeigen ("Tue Gutes und sprich darüber").

Entsprechend wird der Stadtrat von den Unterzeichnenden aufgefordert:

1. Im Zusammenhang mit der Jahresrechnung dem Gemeinderat künftig jährlich in geeigneter Form über die Berücksichtigung des kommunalen und kantonalen Gewerbes im Rahmen der städtischen Vergabepolitik aufgesplittet nach Departement und Dienststelle Bericht zu erstatten.
2. Dem Gemeinderat aufzuzeigen, welche Informationen aus seiner Sicht in diese Berichterstattung einfliessen sollen und können.

Chur, den 20. Juni 2017

Oliver Hohl, Fraktionspräsident der BDP Gemeinderatsfraktion
Martha Widmer-Spreiter, BDP Gemeinderätin
Marco Tscholl, BDP Gemeinderat

Stadt Chur
Eingereicht anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 22.6.17

Markus Frauenfelder, Stadtschreiber

Stadt Chur

Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

☒ Auftrag ☐ Interpellation

Titel Auftrag für periodischen Bericht zur Berücksichtigung der kommunalen und kantonalen Gewerbes

Erstunterzeichnende/r (ankreuzen)	Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
☐	Bischof Xenia	SP		
☐	Cahannes Romano	CVP		
☐	Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP		
☐	Decurtins Guido	SP		
☐	Gartmann-Albin Tina	SP		
☐	Grass Stefan, Ing. HTL	SP		
☐	Hegner Walter	SVP		
☒	Hohl Oliver	BDP		
☐	Hunger Hanspeter	SVP		
☐	Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
☐	Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		
☐	Maissen Carla, Dr. med.	CVP		
☐	Mazzetta Anita	Freie Liste Verda		
☐	Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		
☐	Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP		
☐	Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		
☐	Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		
☐	Rettich Urs	SVP		
☐	Senn Meili Claudio	SP		
☒	Tscholl Marco	BDP		
☒	Widmer-Spreiter Martha	BDP		

Datum: _____